



TOP Ib Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Aussprache zur Rede des Präsidenten und zum Leitantrag - Allgemeine Aussprache zur aktuellen gesundheitspolitischen Gesetzgebung

Titel: Abschaffung der Arzneimittelrabattverträge

Beschlussantrag

Von: Prof. Dr. Johannes Buchmann als Abgeordneter der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern
Dr. Wilfried Schimanke als Abgeordneter der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern
Dr. Andreas Gibb als Abgeordneter der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern
Dr. Beate Krammer-Steiner als Abgeordnete der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern
Anne Machka als Abgeordnete der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern
Dr. Evelin Pinnow als Abgeordnete der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern
Dr. Jens Placke als Mitglied des Vorstands der Bundesärztekammer

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE BESCHLIESSEN:

Der 127. Deutsche Ärztetag 2023 fordert die Abschaffung der Arzneimittelrabattverträge. Der Nutzen der Arzneimittelrabattverträge steht in keinem Verhältnis zum Schaden.

Begründung:

- Immenser bürokratischer Zeitaufwand
- Jede Krankenkasse kann für jedes Generikum unterschiedliche Rabattverträge beschließen (keine oder keiner kann dort auf dem Laufenden bleiben).
- Im Vergleich zu den Kosten der nichtgenerischen Medikamente nur eine geringe Kostenersparnis
- Lange (fruchtlose) Diskussionen mit Patienten und Patientinnen
- Verschwendung der Ressource Zeit für Praxismitarbeiter, Apotheker und Ärztinnen und Ärzte
- Bei nichtgenerischen Medikamenten: Druck auf Praxen, innerhalb der gleichen Medikamentenklasse das billigste Medikament aufzuschreiben, ohne dabei den medizinischen Nutzen im Vordergrund stehen zu haben (aktuelle Beispiele: NOAKs und SGLT-2- Hemmer)

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 145

Stimmen Nein: 46

Enthaltungen: 7